

Politischer Jahresbericht

Nordamerika 2006/2007



Nordamerika

Büro Nordamerika Juli 2006-Juli 2007

Helga Flores-Trejo, Liane Schalatek, Arne Jungjohann, Sebastian Graefe,
Sara Weckemann

Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Nordamerika
Leitung: Helga Flores-Trejo
1638 R Street, NW, Suite 120
Washington, DC 20009
T +1-202-462-7512
F +1-202-462-5230
Email: info@boell.org
<http://www.boell.org>

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Innenpolitische Situation	4
2. Außen- und Sicherheitspolitik	7
3. US Klima-, und Energiepolitik	10
4. UN Reform	11
5. Rolle in der internationalen Wirtschaft- und Handelspolitik	11
6. Ausblick	13

Zusammenfassung

Die im November 2008 stattfindende **Präsidentenwahl** ist in den vergangenen Monaten bereits eines der dominierenden politischen Themen in den Vereinigten Staaten gewesen. Obwohl die ersten Vorwahlen erst für Anfang kommenden Jahres terminiert sind, konzentrierten sich die Medien schon jetzt auf den beginnenden Wahlkampf und die Positionierung der Kandidaten. Derzeit scheinen Hillary Clinton und Rudolph Giuliani die aussichtsreichsten Chancen auf die Nominierung ihrer Parteien zu haben.

Der **Krieg im Irak** ist in den USA weiterhin bestimmendes sicherheits- und außenpolitisches Thema. Die überwiegende Mehrheit der US-Amerikaner ist mit der Irak-Politik Bushs hochgradig unzufrieden und hegt starke Zweifel an der Realisierbarkeit von Bushs früheren Demokratisierungsvisionen. Die militärische Intervention brachte bisher nicht die gewünschten Erfolge und führte zu einer unerwartet hohen Opferzahl – auch auf Seiten amerikanischer Soldaten. Obwohl sich Demokraten und auch eine zunehmende Anzahl Republikaner immer stärker gegen Bushs Strategie auflehnen, scheint der Präsident trotz allen Drucks von außen keinen grundsätzlichen Kurswechsel in Betracht zu ziehen. Durch die Verkündung seiner neuen Irak-Strategie im Januar machte er deutlich, dass er an der bisherigen Politik festhält.

Die Unzufriedenheit mit Präsident Bush spiegelte sich besonders nachdrücklich im vergangenen November im Ausgang der **Kongresswahlen** wider. Die Republikaner mussten eine herbe Niederlage einstecken und verloren die Mehrheit sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat. Selbst die zahlreichen **Personalveränderungen** im Weißen Haus und im Kabinett konnten Bushs Umfragetief nicht entgegenwirken. Beispielhaft hierfür ist der Rücktritt von Verteidigungsminister Rumsfeld, der unmittelbar nach den Zwischenwahlen kundgetan wurde. Seine Nachfolge trat Robert Gates an. Wenige Tage später wurde die Demokratin Nancy Pelosi zur ersten weiblichen Sprecherin des Repräsentantenhauses ernannt und legte umgehend ein ehrgeiziges Programm für die ersten 100 Parlamentsstunden vor, das unter anderem eine Erhöhung des Mindestlohns, die Förderung der Stammzellenforschung und eine Initiative für erneuerbare Energien vorsah.

Im Streit um **Irans Atomanreicherungsprogramm** konnten im vergangenen Jahr noch keine wesentlichen Erfolge erzielt werden. Die erhofften bilateralen Gespräche zwischen den USA und dem Iran fanden nicht statt, da die beiden Länder sich nicht auf Bedingungen einigen konnten, die einen Beginn diplomatischer Verhandlungen ermöglicht hätten. Bilaterale Gespräche werden allerdings seit einigen Monaten zum Thema Irak geführt. Was das Atomprogramm des Iran angeht, kommunizierte man durch reziproke Drohungen miteinander: Iran verkündete mehrmals den fortgeschrittenen Stand seiner Anreicherungsaktivitäten,^[1] die USA machten deutlich, dass eine militärische Intervention nicht auszuschließen sei, wenn der Iran weder durch Sanktionen noch durch positive Anreize von seinem Atomkurs abzubringen sei.

Nach dem Sieg der radikalen Hamas über die bewaffneten Einheiten des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas im Gaza-Streifen scheint die vor fünf Jahren von Präsident Bush ausgerufene Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung im **israelisch-palästinensischen Konflikt** wieder in weite Ferne gerückt. Damals verbanden sich mit George Bushs Vorschlag enorme Hoffnungen, die inzwischen nach dem gefährlichen Rückschlag der vergangenen Monate kaum mehr realistisch erscheinen. Die arabischen Nachbarstaaten sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt, der Bevölkerung im Gaza-Streifen droht eine humanitäre Katastrophe und weder Präsident Bush noch seine Gefolgsleute konnten trotz intensiver Bemühungen etwas Wesentliches zur Befriedung der Lage beitragen.

Der Libanon-Krieg im vergangenen Jahr hat die Politik der US-Regierung und ihre Unterstützung in der Region weiter geschwächt. Im **Libanon** hat sich der Graben zwischen den beiden politischen Akteuren, der Syrien-kritischen Regierung und der Hisbollah, weiter vertieft. Nach der Beendigung des Krieges mit Israel im Juli 2006 kam es zu Ausschreitungen zwischen den konfessionellen Gruppen und alle schiitischen Minister traten im November 2006 aus der Regierung zurück. Die libanesische Armee kämpft darüber hinaus seit Wochen in den palästinensischen Flüchtlingslagern gegen die Fatah al-Islam, weshalb die Angst vor einem erneuten Bürgerkrieg in der libanesischen Bevölkerung weiter wächst.

Das Verhältnis der USA zu **Russland** hat sich im vergangenen Jahr unter anderem aufgrund der US-Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Tschechien erheblich verschlechtert. Die **deutsch-amerikanischen Beziehungen** wurden dagegen intensiviert und Bundeskanzlerin Merkel ist innerhalb Europas eine Partnerin mit zunehmender Bedeutung für die Vereinigten Staaten geworden. Auch die Spannungen aufgrund der Strafverfolgung von CIA-Agenten durch die deutsche Staatsanwaltschaft haben das Verhältnis nicht wirklich schädigen können.

In der **Einwanderungsdebatte** stehen sich nach wie vor die konträren Meinungen zweier Interessengruppen gegenüber: Konservative Kreise wollen eine Einwanderungsreform durchsetzen, die auf Abgrenzung setzt, beispielsweise durch den Bau eines Sicherheitszaunes an der Grenze zu Mexiko. Auch sollen illegale Immigration massiv bekämpft und der Weg für unzählige Abschiebungen von illegalen Einwanderern eröffnet werden. Liberale Kongressmitglieder treten dagegen für eine Legalisierung der nichtdokumentierten Immigranten ein und wollen erreichen, dass illegale Einwanderer nach Zahlung von Bußgeldern und Steuern dauerhaft im Land bleiben dürfen. Der vorgeschlagene überparteiliche Gesetzeskompromiss fand im Frühsommer 2007 keine Parlamentsmehrheit und wurde daraufhin zurückgestellt. Der von Ted Kennedy und John McCain verhandelte Entwurf wurde von Konservativen als „Amnestie“ und von Liberalen als Dokument von „law and order“ kritisiert. Hierdurch sind die Chancen deutlich geschwunden, vor der heißen Wahlkampfphase ab Frühjahr 2008 die dringend notwendige Reform des US-Einwanderungsrechts noch durchzusetzen. Es wird interessant zu beobachten, wie die knapp vierzig Millionen Latinos in den USA auf das Scheitern der Reform reagieren werden und ob sie

^[1] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/08/29/AR2006082901605.html>

sich stärker politisch einmischen als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Allen Politikern ist allerdings klar, dass die Republikaner nicht mit großer Unterstützung dieser Minderheitengruppe im Jahr 2008 rechnen können.

Gestiegene Benzin- und Ölpreise und insbesondere auch energie- und sicherheitspolitische Fragen haben die **US-Debatte zum Klimawandel** in bislang nicht gekanntem Maße forciert. Gefördert wurde dies unter anderem durch den Film „Eine unangenehme Wahrheit“ des ehemaligen Vize-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten Al Gore. Der Film war ausgesprochen erfolgreich und wurde in den USA zum dritthäufigst gesehene Dokumentarfilm aller Zeiten. Durch diese Entwicklungen sowie die neuen Mehrheitsverhältnisse im Kongress haben entsprechende Initiativen der Demokraten an Tempo gewonnen. Unmittelbar nach der Übernahme des Kongresses durch die Demokraten gab es vier Klimagesetzentwürfe im Senat; im Repräsentantenhaus berief die neue Sprecherin Nancy Pelosi einen Sonderausschuss für Energiesicherheits- und Klimafragen ein. Auch in der Wirtschaft ist der Ruf nach einer nationalen Gesetzgebung sowie Klimaschutzprogrammen lauter geworden.

Hinsichtlich der **Vereinten Nationen** waren im Berichtszeitraum der Stand der UN-Reform und die Ablösung des scheidenden UN-Generalsekretärs Kofi Annan durch den Südkoreaner Ba Ki-Moon die vorrangigen Themen.

1. Innenpolitische Situation

US-Präsidentschaftswahl 2008

Knapp anderthalb Jahre vor dem Wahltermin wird der beginnende Wahlkampf von der Bevölkerung bereits mit großem Interesse verfolgt. Die Medien berichten täglich über die zahlreichen Kandidaten, die sich innerhalb ihrer Parteien um eine Nominierung bemühen und verfolgen sowohl deren Positionierung als auch deren Zustimmungswerte innerhalb der Bevölkerung. Im November 2008 wird die erste Wahl seit 1928 stattfinden, bei der keine der beiden Parteien einen Amtsinhaber oder Vizepräsidenten ins Rennen schicken wird. Dies führt dazu, dass die WählerInnen das Wahlgesehen bereits jetzt mit einer Intensität verfolgen, die normalerweise erst zu einem späteren Zeitpunkt eintritt.

Die politische Stimmung in den Vereinigten Staaten hat sich deutlich zugunsten der Demokraten verlagert. Große Teile der Bevölkerung sind mit den politischen Entscheidungen der Regierung Bush nicht zufrieden. Laut einer Studie,^[2] die Anfang Juni im Auftrag der Washington Post durchgeführt wurde, sind 73 Prozent der AmerikanerInnen der Auffassung, dass sich das Land politisch auf dem falschen Weg befinde. Nur 39 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mit der Arbeit des Kongresses zufrieden seien, wohingegen 53 Prozent ihre Unzufriedenheit äußerten. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit im Kongress, aufgesplittet nach den beiden Parteien, ergab sich, dass 44 Prozent mit der Politik der Demokraten aber nur 36 Prozent mit jener der Republikaner zufrieden sind. Auch wenn die Demokraten im Vergleich zum Befragungszeitraum April 2007 zehn Prozentpunkte ihrer Popularität einbüßten, führen sie nach wie vor mit deutlichem Abstand vor den Republikanern. Besonders schlecht schneidet Präsident Bush bei den Umfragen ab. Das Umfrageinstitut Gallup veröffentlichte Anfang Juni, dass nur 32 Prozent der Bevölkerung die Politik Bushs befürworten.^[3]



<http://www.galluppoll.com/content/default.aspx?ci=1723&pg=3&VERSION=p>

^[2] http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postpoll_060307.html

^[3] <http://www.galluppoll.com/content/default.aspx?ci=1723&pg=3&VERSION=p>

Damit sind die Umfragewerte des Präsidenten fast so niedrig wie bei seinem historischen Umfragetief im Mai 2006, als nur 31 Prozent der Befragten seine Politik unterstützten. Rangierten seine durchschnittlichen Zustimmungswerte während der ersten Amtszeit noch bei 55 Prozent, lagen sie in der zweiten nur noch bei 41 Prozent. Die höchste Zustimmungswerte erhielt er nach den Anschlägen am 11. September 2001, als über 90 Prozent der Bevölkerung hinter seiner Politik standen.

Ein großer Teil dieser ablehnenden Haltung gegenüber George Bush und seiner Partei resultiert aus der Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Lage im Irak. Rund zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie Bushs Irakstrategie missbilligen. Auf die Frage, welche der beiden Parteien sie wählen würden, wenn heute Wahlen wären, erreichten die Demokraten eine deutliche Mehrheit. Allerdings muss dies kein Indikator dafür sein, dass im November 2008 auch tatsächlich der/die demokratische KandidatIn gewählt wird. Selbst wenn die allgemeine Grundstimmung derzeit die Demokraten favorisiert, ergab sich kein klarer Favorit, wenn nach konkreten Kandidaten gefragt wurde.

Bei den Demokraten gelten Senatorin Hillary Clinton (New York), Senator Barack Obama (Illinois) und der frühere Senator John Edwards (North Carolina) als Favoriten für die Vorwahlen der Demokraten. Würde der frühere Vizepräsident Al Gore in das Rennen um die Nominierung einsteigen, käme er laut Umfragen der Washington Post auf Platz drei und läge somit vor Edwards. (Weitere Kandidaten der Demokraten sind: Senator Joe Biden (Delaware); Senator Christopher Dodd (Connecticut); der ehemalige Senator Mike Gravel (Alaska); der Kongressabgeordnete Dennis Kucinich (Ohio); sowie der Gouverneur von New Mexico, Bill Richardson.)

Unter den republikanischen Kandidaten gilt derzeit der frühere Bürgermeister New Yorks, Rudolph Giuliani, als aussichtsreichster Anwärter. Giuliani führt unter seinen Mitstreitern seit Monaten in den Umfragen, allerdings haben seine Positionen für die Anerkennung von Rechten Homosexueller und das Recht auf Abtreibung dafür gesorgt, dass sein Vorsprung innerhalb des republikanischen Bewerberfeldes geschmolzen ist. Inzwischen wird auch sein sorgsam gepflegtes Image als entscheidungsfreudiger Krisenmanager und Held des 11. September, auf das er seine Wahlkampfstrategie aufgebaut hat, in der Öffentlichkeit von der internationalen Vereinigung der Feuerwehrlaute kritisiert. Ihm folgt Senator John McCain (Arizona), der allerdings in den letzten Monaten an Attraktivität einbüßte und Probleme hatte, Wahlkampfspenden in notwendigem Umfang einzuwerben. Seine Kampagne ist aufgrund seiner anhaltenden Befürwortung einer unveränderten US-Strategie in Irak sowie der Reform des Immigrationsrechts, dass die Legalisierung von Millionen von illegalen Einwanderern vorsieht, unter Druck geraten. Auch der frühere Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney, hat Chancen, unter anderem deshalb, weil seine Wahlkampfborse gut gefüllt ist, so dass er mit kostenintensiven Fernsehwerbungen in den frühen Vorwahlstaaten bereits an Bedeutung gewonnen hat. Allerdings nehmen ihm viele Republikaner seinen erst kürzlich vollzogenen politischen Rechtsruck in Sachen Abtreibung nicht ab; auch seine Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft der Mormonen ist vielen republikanischen Stammwählern suspekt. Chancen auf die Nominierung werden auch dem viertplazierten Fred Thompson eingeräumt; der frühere Senator in Tennessee hat sich in den vergangenen Jahren vor allem als TV-Schauspieler in der beliebten Serie „Law and Order“ einen Namen gemacht.

Weitere Kandidaten der Republikaner sind: Senator Sam Brownback (Kansas); der ehemalige Gouverneur von Virginia, Jim Gilmore; der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich; Senator

Chuck Hagel (Nebraska); der ehemalige Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee; der Kongressabgeordnete Duncan Hunter (Kalifornien); der Kongressabgeordnete Tom Tancredo (Colorado); der ehemalige Gouverneur von Wisconsin, Tommy Thompson; sowie der Kongressabgeordnete Ron Paul (Texas).

Erhebungen des Umfrageinstituts Gallup ergaben, dass Rudolph Giuliani mehr Stimmen als Hillary Clinton auf sich vereinigen würde, wenn die Entscheidung zwischen diesen beiden Kandidaten getroffen werden müsste. Bei drei Befragungen in diesem Jahr kam Giuliani durchschnittlich auf 51 Prozent der Stimmen der Befragten, Clinton auf 46 Prozent.^[4] Obwohl die allgemeine Stimmung eher pro-demokratisch ist, muss sich dies nicht zwangsläufig darin niederschlagen, dass im November 2008 auch tatsächlich der/die demokratische PräsidentschaftskandidatIn ins Amt gewählt wird.

Schon heute lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit vorhersagen, welche **Themen im Vordergrund des Wahlkampfes** stehen werden.

Der **Krieg im Irak** ist nach wie vor das Topthema, das viele WählerInnen maßgeblich bei ihrer Wahl beeinflussen wird. Die US-Amerikaner sehen die Situation im Irak nach wie vor als das dringendste Problem an, das auf jeder politischen Agenda prioritär behandelt werden sollte. Eine Mehrheit der Amerikaner ist inzwischen der Auffassung, dass die Intervention im Irak ein Fehler war und die hohen Verluste an Menschenleben und Ressourcen sich nicht im Ergebnis niederschlagen. Dass die Demokraten mehrheitlich einen Abzug der Truppen fordern, bringt ihnen entsprechende Vorteile bei den Wählern. Die Aufstockung der Truppen im Irak, die Anfang des Jahres von der Bush-Administration beschlossen wurde, wird allgemein für einen Fehler gehalten. Die Mehrheit meint, dass eine Befriedung der Region nur mittels eines Strategiewechsels zu erreichen sei und nicht, indem mehr Soldaten an die Front geschickt werden.

Wichtig sind der US-Wählerschaft nach wie vor Fragen rund um das Thema **Migration**. Bei kaum einem anderen Thema stehen die Amerikaner in einem vergleichbaren Interessenkonflikt wie bei der Frage der Einwanderung. Viele bewerten Einwanderung und die damit verbundenen Effekte als positiv. Weite Teile der Gesellschaft wollen das zahlenmäßige Niveau der jährlichen Immigranten beibehalten und verstehen die wirtschaftliche und demographische Notwendigkeit von Einwanderung. Auch wird mehrheitlich befürwortet, dass illegale Einwanderer die US-Staatsbürgerschaft erwerben können, wenn sie über einen festgesetzten Zeitraum bestimmte Anforderungen erfüllen. Demgegenüber will eine lautstarke Minderheit, dass die Zuwanderung illegaler Migranten stark begrenzt wird, da sie angeblich eine zu starke Belastung für das nationale Steuer- und Sozialsystem darstellen. Rund 24 Prozent der Befragten einer Gallup-Studie sprechen sich sogar dafür aus, dass alle in den USA lebenden Illegalen (etwa zwölf Millionen) wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt werden sollten.^[5]

An Bedeutung hat für die Wähler im vergangenen Jahr in einem nicht erwarteten Maße die **Klima- und Energiepolitik** gewonnen. Diese Entwicklung wurde zum einen durch Hurrikan Katrina und das dadurch geschaffene Bewusstsein für Konsequenzen der globalen Erderwärmung

und zum anderen durch die gestiegenen Energiepreise forciert. Zwischen dem Anstieg der Preise von Öl und Benzin und der Besorgnis der US-WählerInnen hinsichtlich des Energiethemas herrscht ein kausaler Zusammenhang. Immer dann, wenn die Energiepreise verhältnismäßig hoch waren, gaben prozentual mehr Menschen an, durch der Energiesituation beunruhigt zu sein. Die Schuld wird vor allem der Öl- und Gasindustrie gegeben, weshalb Maßnahmen der Regierung zur Kontrolle und Regulation dieser Industrien mehrheitlich begrüßt werden.

Durch die zunehmende Thematisierung der globalen Erderwärmung hält es ein Großteil der Bevölkerung für notwendig, strengere Standards für Emissionen im Straßenverkehr sowie die Industrie einzuführen, die Begrenzung des Treibhaus-Effekts gesetzlich festzulegen und alternative Energiequellen zu entwickeln. Diese neue Situation eröffnet eine hervorragende Gelegenheit für die längerfristige Arbeit der Stiftung in diesem Bereich. Wir sind jetzt in einem unserer zentralen Kompetenzgebiete als Partner, Experten und Vermittler noch stärker gefragt als bisher.

Ein weiteres Wahlkampfthema, das die anhaltende latente Verunsicherung der Bevölkerung widerspiegelt, ist der **Kampf gegen den Terrorismus**. Die Kritik an den Maßnahmen der amerikanischen Regierung, wie zum Beispiel das Abhören von Telefongesprächen ohne gerichtliche Beschlüsse, ist in den vergangenen beiden Jahren auch im Kongress gewachsen. Darüber hinaus haben verschiedene Gerichtsentscheidungen der letzten Zeit die US-Administration in einigen dieser Bereiche zurückgewiesen.

Ein weiteres Thema, das bei Wahlen in den USA immer eine bedeutende Rolle spielt, ist die **Lage der Wirtschaft**. Die ökonomische Situation wurde Ende 2006/Anfang 2007 zunächst deutlich positiver als in den Vormonaten wahrgenommen, was dazu führte, dass die wirtschaftliche Situation in Umfragen weniger häufig als eines der dringendsten Probleme der Vereinigten Staaten genannt wurde.^[6] Dies war insbesondere der Tatsache geschuldet, dass die Öl- und Gaspreise seit Herbst 2006 deutlich gesunken waren. Mit dem erneuten Anstieg der Energiekosten verschlechterte sich allerdings auch die Einschätzung der Konsumenten bezüglich der Wirtschaftskraft des Landes. Etwa die Hälfte der Amerikaner glaubt, dass sich die Wirtschaft in einem Abwärtstrend befindet.

Für bestimmte Wählergruppen werden außerdem die Bereiche Bildung, Abtreibung, Rechte für Schwule und Lesben, Steuerpolitik und zunehmend die Frage der sozialen Gerechtigkeit einen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung haben. In der jüngeren Vergangenheit gewann insbesondere bei den Demokraten auch das Thema der Gesundheitsversorgung an Bedeutung. Zwar befürworteten die meisten Amerikaner staatliche Hilfen, die Schaffung eines nationalen Gesundheitsplans wird aber mehrheitlich abgelehnt.

Einwanderungsreform

In den zurückliegenden Monaten war das politische Geschehen in den Vereinigten Staaten besonders durch das Tauziehen um die Einwanderungsreform geprägt. Auf der einen Seite der Auseinandersetzung stehen konservative Republikaner, denen es primär darum geht, Einwanderung zu begrenzen und restriktive Gesetze einzuführen. Auf der anderen Seite versucht eine ungewöhnliche Koalition aus Präsident Bush und liberalen

^[4] <http://www.galluppoll.com/content/?ci=17785>

^[5] <http://www.galluppoll.com/content/Default.aspx?ci=24391&Version=p>

^[6] <http://www.galluppoll.com/content/Default.aspx?ci=24391&Version=p>

Demokraten Erleichterungen und Liberalisierungen bei der Einbürgerung durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund der überaus schlechten Umfragewerte des Präsidenten galten die Beilegung der erbittert geführten Kontroverse und die Verabschiedung einer Reform als eines der wichtigsten Projekte der zweiten Amtszeit des Präsidenten. George Bush war bereits in seiner ersten Amtszeit mit dem Versuch gescheitert, das Einwanderungsrecht zu reformieren.

Die Senatsdebatte um die umstrittene Reform begann Ende Mai 2007. Eine Koalition aus Senatoren beider Parteien, die von Edward M. Kennedy (Demokrat, Massachusetts) und Jon Kyl (Republikaner, Arizona) angeführt wurden, brachten einen Entwurf ein, der die Einwanderung in die Vereinigten Staaten für bestimmte Personengruppen erleichtern soll, aber auch Restriktionen zur Begrenzung von unkontrollierter Immigration vorsieht.^[7]

Das Gesetz sollte den geschätzten zwölf Millionen undokumentierten EinwanderInnen die Möglichkeit eröffnen, nach Zahlung einer Strafe und entsprechenden Wartezeiten einen legalen Aufenthaltsstatus zu erreichen. Im Rahmen eines Zeitarbeiterprogramms sollte zudem ein „Y-Visa“ eingeführt werden, das pro Jahr 600.000 ausländischen Arbeitskräften erlauben würde, für zwei Jahre im Land zu arbeiten. Zugleich sollte der Zuzug illegaler Immigranten durch schärfere Grenzbefestigungen gestoppt werden. Viele Republikaner kritisieren die Erleichterungen für illegale Einwanderer jedoch als unangemessene Amnestie für Gesetzesbrecher. Auch wollten sie bei der Frage der Grenzsicherung und deren Finanzierung konkretere Maßnahmen und Budgetsicherungen im Gesetz festgehalten wissen.

Bei den Demokraten und Immigrantengruppen konzentrierte sich die Kritik vor allem auf die Pläne zur Einschränkung des Nachzugsrechts für Angehörige und minderjährige Kinder. Weiterhin wurde Skepsis dahingehend geäußert, dass die hohen Hürden viele Migranten abhalten könnten, ihren Status zu legalisieren. Auch gab es Befürchtungen, das geplante Zeitarbeiterprogramm für gering entlohnte Arbeiter würde das Entstehen einer neuen Unterschicht befördern. Auch aus der Wirtschaft war Kritik am Senatsentwurf zu hören. Prominentestes Beispiel hierfür war die Stellungnahme von Bill Gates, der auf die Notwendigkeit von hochqualifizierten Einwanderern im IT-Bereich hinwies. Verschiedene Industrie- und Interessenverbände unterstrichen ebenfalls, dass die Vereinigten Staaten auf Migration angewiesen seien, um genügend Arbeiter zur Verfügung zu haben.^[8] Insbesondere die angekündigten strengeren Kontrollen gegen illegale Beschäftigung stießen auf Ablehnung.

In den Wochen vor der Einbringung des Entwurfs in den Senat hatten sich Republikaner, Demokraten und das Weiße Haus nach langem Ringen auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt, der aber die benötigte Mehrheit im Senat dennoch nicht erreichte. Auch George Bushs verstärkte Anstrengungen, seine Parteifreunde zu einem Umlenken zu be-

wegen, brachten keinen Erfolg.^[9] Die republikanischen Senatoren haben das Gesetz Ende Juni blockiert und dafür gesorgt, dass es in dieser Legislaturperiode keine Reform mehr geben wird. Letztlich wurden nur Maßnahmen zum Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko verabschiedet und die Situation der illegalen Migranten wird jetzt zunehmend durch zumeist restriktive Gesetzgebung auf Staats- und lokaler Ebene geregelt.

Personalpolitik

Präsident Bush hat im vergangenen Jahr mehrere politische Weggefährten verloren und musste Personalprobleme an verschiedenen Stellen lösen. Donald Rumsfeld trat im November vom Amt des Verteidigungsministers zurück, nachdem der Unmut über die Lage im Irak den Demokraten die Mehrheit im US-Kongress gebracht hatte. Paul Wolfowitz gab kürzlich das Amt des Weltbank-Chefs ab und zog damit die Konsequenz aus dem Skandal um die Beförderung seiner ebenfalls bei der Weltbank angestellten Lebensgefährtin. Lewis "Scooter" Libby, Ex-Stabschef von US-Vizepräsident Dick Cheney, wurde wegen des Skandals um die Enttarnung einer Geheimdienstagentin zu 30 Monaten Haft verurteilt, die vom Präsidenten in eine Bewährungsstrafe umgewandelt wurden. George Bushs langjähriger Weggefährte Dan Bartlett gab sein politisches Berateramt Anfang Juli aus persönlichen Gründen auf.

Insbesondere im Justizministerium kam es in Zusammenhang mit dem innenpolitischen Streit um die Entlassung von mehreren US-Staatsanwälten zu großen Turbulenzen. Wegen dieser Affäre geriet **Justizminister Alberto Gonzales** massiv unter Druck. Gonzales wurde unter anderem die Entlassung von acht Bundesanwälten aus politischen Gründen vorgeworfen, weshalb er auch in den eigenen Reihen in die Kritik geraten war. Zudem wird ihm der Missbrauch von Antiterrorgesetzen bei Abhöraktionen gegen US-Bürger angelastet.^[10]

Ende Juni beantragten die Demokraten im Senat deshalb ein Misstrauensvotum gegen den Justizminister. Die Befürworter des Misstrauensantrags hielten Alberto Gonzales sowie seinem Generalstaatsanwalt Inkompetenz vor und kritisierten vor allem ausweichende Antworten auf Fragen zu der umstrittenen Entlassung der Bundesanwälte. Zuvor musste der Justizminister einem Senatskomitee sieben Stunden lang Rede und Antwort stehen. Die Argumente, mit denen er die Entlassung der Bundesanwälte rechtfertigte, überzeugten selbst viele seiner republikanischen Parteifreunde nicht.

Trotzdem scheiterten die Demokraten mit dem Vorstoß für ein Misstrauensvotum. Sie kamen nicht auf die erforderlichen 60 Senatorenstimmen, um die Debatte über den Misstrauensantrag zu beenden und zur Abstimmung überzugehen. Allerdings schlugen sich immerhin sieben Republikaner auf die Seite der Demokraten; auch hätte ein Misstrauensvotum Alberto Gonzales nicht zur Aufgabe des Amtes zwingen können, sondern nur symbolischen Wert gehabt. Einen Rücktritt lehnt der Justizminister bislang kategorisch ab und erhält dabei die volle Un-

^[7] <http://www.whitehouse.gov/infocus/immigration/>

^[8] [vgl.: http://www.americanprogress.org/issues/2007/06/reality_check_immigration.html](http://www.americanprogress.org/issues/2007/06/reality_check_immigration.html)

^[9] [vgl.: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/12/AR2007061200151_pf.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/12/AR2007061200151_pf.html)

^[10] [und: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/13/AR2007061300226_pf.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/13/AR2007061300226_pf.html)

<http://www.aclu.org/safefree/general/30052res20070611.html>

terstützung von Präsident George Bush.^[11] Der Minister erklärte wiederholt, dass er nicht direkt in die Entlassung der Bundesanwälte involviert gewesen sei und sich an verschiedene Details der internen Abläufe nicht mehr erinnern könne.^[12] Die Zahl der republikanischen Mitglieder des Kongresses, die sich von ihm distanzieren, wächst allerdings jeden Tag.

2. Außen- und Sicherheitspolitik

Naher und Mittlerer Osten

Die US-Politik im Nahen und Mittleren Osten hat in keinem der Krisengebiete die intendierten Ergebnisse mit sich gebracht. Irak, Israel und Palästina sowie der Libanon spielen in den aktuellen Diskussionen in Washington eine überragende Rolle und werden in großer Breite und Differenziertheit auf verschiedensten Ebenen der Administration, der Legislative und der politischen Öffentlichkeit diskutiert. Aus diesem Grund werden einige der lokalen politischen Entwicklungen während des Berichtszeitraums kurz geschildert, da sie den Kontext zu den amerikanischen Debatten geben.

Im Juni wurde gemeldet, dass der Krieg im **Irak** bereits über 3.500 US-amerikanische Soldaten das Leben gekostet hat.^[13] Viele Soldaten treten bereits ihren dritten oder vierten Einsatz im Irak an, ohne dass sich die Situation in der Region maßgeblich stabilisiert hätte. Das Vertrauen der Amerikaner in George Bushs Strategie schwindet immer weiter: Fast 70 Prozent der Bevölkerung missbilligen seine Irakpolitik.^[14] Verstärkt wird die ablehnende Haltung auch durch die jüngste Gewaltwelle im Irak. Bei Selbstmordanschlägen kamen in den vergangenen Monaten zahlreiche Soldaten und Zivilisten ums Leben. Es wurden gezielte Angriffe auf US-Militärs und sunnitische Stammesführer durchgeführt, die gemeinsam gegen das Terrornetzwerk der al-Qaida kämpfen.

Infolge dieser Entwicklungen verschlechterte sich das Verhältnis der irakischen Bevölkerung zu den amerikanischen Besatzungstruppen weiter. Ein Großteil der Iraker glaubt, dass die Amerikaner sie nicht vor den Gewalttaten der Extremisten schützen können und diese sogar bei den Selbstmordattentaten unterstützen.^[15]

Auch die Entsendung weiterer Truppen in die Region konnte die Zuspitzung der Gewalt nicht verhindern. Im Januar hatte Präsident Bush seine neue Irak-Strategie öffentlich gemacht, die eine Erhöhung des Truppenkontingents vorsah, um die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen den ethnischen Gruppen zu bekämpfen. Die prognostizierte anschließende Beruhigung der Lage sollte von der schiitisch dominierten Regierung um Premierminister Maliki genutzt werden, um gemeinsam mit den sunnitischen und kurdischen Minderheiten eine einheitliche Regierung aufzubauen, die breite Unterstützung in der irakischen Bevölkerung ge-

nießt. Faktisch konnte die Lage aber auch nach der Ankunft der zusätzlichen Truppeneinheiten im Frühjahr bislang nicht in nennenswertem Maß stabilisiert werden.

Verteidigungsminister Robert Gates bemängelte öffentlich, dass sich die irakische Regierung nicht ausreichend um Versöhnung zwischen den Konfliktparteien im eigenen Land bemühe und der Stand der politischen Verhandlungen enttäuschend sei.^[16] Premier Maliki kritisierte daraufhin die US-Regierung für ihre Einmischung und äußerte, dass das Ausüben von Druck und die Oktroyierung von Zeitplänen nicht zielführend sei. Anschließend widersprach er Berichten, in denen die Rede davon gewesen war, Schiiten, Sunniten und Kurden sei es nicht gelungen, Einigung bei wichtigen politischen Problemen zu erzielen. Er argumentierte, dass man sich auf einen Gesetzentwurf zu den Nutzungsrechten der Ölvorkommen, auf Entbaathifizierung und auf Wahlen in den Provinzen geeinigt habe.

Obwohl die Demokraten umgehend Kritik an George Bushs neuer Sicherheitsstrategie übten, gelang es ihnen auch im vergangenen Jahr nicht, sich mit einer schlüssigen Gegenposition zu profilieren. Zwar sprachen sie sich mehrheitlich für einen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak aus, konnten aber weder in den Details noch hinsichtlich eines Zeitplans eine einheitliche Position entwickeln.

In jüngster Vergangenheit forderte sogar der republikanische Senator und ehemalige Vorsitzende des Außenausschusses, Richard Lugar, einen Kurswechsel im Irak. Bei einer Rede im Senat rief der bis dahin dem Präsidenten gegenüber loyale und überaus angesehene Senator dazu auf, den Kurs im Irak möglichst bald zu ändern, um weitere Schäden für die militärische Einsatzbereitschaft der amerikanischen Armee und langfristige Bedrohungen der Sicherheit Amerikas abzuwenden. Lugars offener Pessimismus hinsichtlich der Entwicklung im Irak war ein schmerzlicher Schlag für die Irak-Strategie des Präsidenten. Ihm folgten in den zurückliegenden Wochen weitere hochrangige republikanische Senatoren mit außenpolitischer Erfahrung, die sich öffentlich von Präsident Bush und dessen Irak-Politik abwendeten, darunter Senator George Voinovich (Ohio), Senator John Warner (Virginia), Senator Pete Dominici (New Mexico) und Senator Chuck Hagel (Nebraska).

In beiden Parteien ist nicht mehr umstritten, dass die Lage im Irak kompliziert ist und sich kontinuierlich verschlechtert. Neben der Möglichkeit, den bisherigen Kurs beizubehalten, wurden deshalb im vergangenen Jahr zunehmend auch alternative Handlungsoptionen diskutiert. Sollte die derzeitige Koalition um Premierminister Maliki scheitern und das Land weiter im Zustand des Bürgerkriegs verbleiben, wird beispielsweise eine Dreiteilung Iraks in Erwägung gezogen, in der Schiiten, Sunniten und Kurden jeweils ein höheres Maß an Eigenverantwortung für Verwaltung und Sicherheit in ihrer jeweiligen Region tragen.^[17] Einige Demokraten forderten darüber hinaus einen vollständigen Abzug der Truppen, die Baker-Kommission schlug einen phasenweisen Abzug der US-Einheiten für das Jahr 2007 vor, der an Fortschritte regionaler diplomatischer Bemühungen gekoppelt werden sollte. Derzeit ist unklar, ob George Bush noch während seiner Amtszeit einen grundlegenden Kurswechsel im Irak einleiten wird. Es scheint jedoch, als wolle er seine Strategie beibehalten und Entscheidungen über einen Abzug seinen Amtsnachfolgern überlassen.

^[11] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/05/21/AR2007052101586.html>

^[12] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/04/14/AR2007041401010.html>

^[13] http://www.americanprogress.org/issues/2007/06/tragic_milestone.html/print.html

^[14] http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postpoll_060307.html

^[15] <http://www.nytimes.com/2007/06/20/world/middleeast/20iraq.html>

^[16] http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/17/AR2007061700830_pf.html

^[17] http://www.brook.edu/fp/saban/analysis/june2007iray_partition.htm

Im Atomstreit mit dem **Iran** konnten im Berichtszeitraum keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Der Politikwechsel in den USA, sich auf Gespräche mit dem Iran einzulassen, hat bisher keinen Durchbruch gebracht. Letztendlich kamen keine Verhandlungen zustande, bei denen das umstrittene Urananreicherungsprogramm Gegenstand der Diskussion war. Dennoch ist festzuhalten, dass die Botschafter der USA und Irans im Irak sich im Mai dieses Jahres zum ersten Mal seit 27 Jahren getroffen haben. Bei den Gesprächen ging es um die Lage im Irak; der Streit um Irans Atomprogramm wurde vorsorglich ausgespart. In den USA ist die Verhinderung der Urananreicherung im Iran eines der wichtigsten politischen Ziele der Bush-Administration. Dies gilt insbesondere deshalb, weil man fürchtet, dass der Iran die militärische und politische Vorherrschaft in der Golfregion anstrebt. Um dies zu verhindern und den Druck auf den Iran zu erhöhen, haben die USA im vergangenen Jahr zwei Strategien eingeschlagen. Zum einen bemühten sie sich, eine Koalition aus den europäischen Verbündeten, Israel und moderaten arabischen Staaten (Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten) aufzubauen. Zum anderen erreichten die Vereinigten Staaten, dass der UN-Sicherheitsrat im Dezember und März Sanktionen gegen den Iran verhängte, nachdem dieser sich geweigert hatte, die Urananreicherung zu stoppen.^{[18] [19]}

Innerhalb der US-Administration scheint es unterschiedliche Meinungen darüber zu geben, welche strategischen Optionen gegenüber dem Iran wahrgenommen werden sollen. George Bush erklärte wiederholt, dass auch eine militärische Intervention nicht ausgeschlossen werden könne. Aufgrund der militärischen Einsätze im Irak und Afghanistan sind keine Kapazitäten für eine Bodenoffensive vorhanden; Luftangriffe liegen allerdings im Rahmen des Möglichen. In der amerikanischen Debatte kritisieren allerdings viele Experten diese Strategie, da auf diese Weise die teilweise unterirdischen Atomanlagen nicht mit Sicherheit zerstört werden könnten und Extremisten möglicherweise mit terroristischen Vergeltungsschlägen antworten würden.

George Bushs Äußerungen legen nahe, dass es ihm neben der Verhinderung eines atomaren Iran auch darum geht, dort einen Regimewechsel zu erreichen. Zu diesem Zweck wurden im vergangenen Jahr hohe Geldsummen zur Demokratieförderung im Iran bereitgestellt. In der Presse wurde darüber spekuliert, dass der Präsident das Iran-Problem noch während seiner Amtszeit lösen und es nicht als politische Belastung seiner/m NachfolgerIn aufbürden wolle. Ob dies neben der Erhöhung des wirtschaftlichen Drucks und verschiedenen Partizipationsangeboten^[20] auch militärische Maßnahmen mit sich bringen kann, lässt die Bush-Administration bislang offen. In den vergangenen Monaten ist die Situation durch die im Iran verhafteten amerikanischen Staatsbürger, die ebenfalls iranische Pässe haben, weiter verkompliziert worden. Mindestens vier Wissenschaftler und Journalisten befinden sich nach iranischen Angaben seit Monaten in iranischen Gefängnissen. Die gegen sie vorgebrachten Spionagevorwürfe erscheinen in ihrer Konstruiertheit geradezu abstrus.

Ausgelöst durch den Sieg der Hamas ist die Debatte um die Krisenregion in **Israel/Palästina** wieder verstärkt zum Gegenstand der politischen Diskussion in Washington geworden. Die radikal-islamische Hamas hat

in der Krisenregion einen doppelten Sieg errungen: Zunächst hatte sie vor anderthalb Jahren entgegen allen Erwartungen bei der Parlamentswahl in den Autonomiegebieten die Mehrheit der Stimmen erhalten. Die palästinensische Bevölkerung erhoffte sich mit der Wahl der Hamas ein Ende der korrupten Ära der Fatah-Regierung sowie ein höheres Maß an Ordnung in der Verwaltung der Autonomiegebiete. Hamas nutzte den Wahlsieg jedoch als weiteren Schritt in der eigenen Strategie, Palästina mit Waffengewalt von Israel unabhängig zu machen. Die unterlegene Fatah wollte sich nicht mit dem Wahlergebnis abfinden und agierte mit Unterstützung der USA und anderer westlicher Staaten weiter, als sei nichts geschehen.

Vor wenigen Wochen übernahm die Hamas mit Hilfe ihrer bewaffneten Einheiten die Macht im Gazastreifen. In nur fünf Tagen konnte die islamistische Organisation die Kontrolle über 1,4 Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen an sich reißen. Präsident Abbas gab das Gebiet daraufhin verloren und erklärte die Einheitsregierung für gescheitert.

Die USA haben die Konfrontation zwischen Fatah und Hamas gefördert und Präsident Abbas mit Geld und Waffen unterstützt. Die Konfrontation zwischen den beiden Parteien führte aber nicht zu einem Ergebnis im Sinne der USA und Israels. Niemand hatte damit gerechnet, dass es faktisch zu einer „Zwei-Staaten-Lösung“ kommen würde - einem „Hamas-tan“ und einem „Fatahstan“.^[21]

Für die Bush-Administration sind die Entwicklungen im Palästinensergebiet höchst problematisch: Condoleezza Rice hatte in den vergangenen zwölf Monaten intensiver als in den letzten sechs Jahren an Lösungsoptionen für den Konflikt im Nahen Osten gearbeitet. Dass es zwischen den beiden palästinensischen Parteien zu einem Bürgerkrieg kam und der Gaza-Streifen an die militante Hamas verloren ging, hat ihre Bemühungen unterminiert.^[22] Inzwischen ist sogar zu befürchten, dass die Hamas ihren Einfluss früher oder später auch auf das Westjordanland ausdehnen wird. Dies wollen die USA, europäische Staaten und Israel jedoch verhindern.

Geheimgefängnisse – außerordentliche Auslieferungen

Thema war in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr auch der bekannte Vorwurf gegen die CIA, Individuen entführt zu haben, um sie an geheimen Orten fragwürdigen Verhörpraktiken außerhalb der US-Jurisdiktion auszusetzen. Im November 2005 berichtete die „Washington Post“ erstmals über die Existenz von **CIA-Geheimgefängnissen** („black sites“) in verschiedenen Teilen der Welt, auch von Standorten in Osteuropa war die Rede.^[23] Die Gefängnisse waren nach dem 11. September 2001 eingerichtet worden, um der CIA die Möglichkeit zu geben, Terrorverdächtige fernab der Öffentlichkeit zu verhören.

Der vom Europarat mit den Ermittlungen zu den außerordentlichen Auslieferungen („extraordinary renditions“) von Terrorverdächtigen durch die CIA beauftragte Staatsanwalt Dick Marty hatte in seinem ersten Bericht im Juni 2006 zunächst nur Indizien dafür, dass europäische Länder an der Organisation von Geheimgefängnissen und Häftlingstransporten

^[18] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/12/23/AR2006122300114.html>

^[19] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/03/24/AR2007032400576.html>

^[20] [vgl.: http://www.americanprogress.org/issues/2007/04/iran_howto.html/print.html](http://www.americanprogress.org/issues/2007/04/iran_howto.html/print.html)

^[21] <https://www.brookings.edu/views/op-ed/indyk/20070615.htm>

^[22] <https://www.brookings.edu/views/op-ed/indyk/20070615.htm>

^[23] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/11/01/AR2005110101644.html>

beteiligt waren.^[24] Drei Monate später räumte Präsident Bush erstmals ein, dass die CIA Verdächtige an geheimen Orten im Ausland befragt hatte und dass 14 von ihnen in das US-Gefangenenlager Guantanamo gebracht wurden.^[25] In dem zweiten Bericht, der im Juni 2007 veröffentlicht wurde, erklärte Dick Marty die Existenz von Geheimgefängnissen in Polen und Rumänien als erwiesen. Er kritisierte die illegale Verschleppung von Verdächtigen durch CIA-Kidnapping-Teams scharf und warf dem amerikanischen Geheimdienst massive Verletzung von Menschenrechten vor.

Verschiedene europäische Staaten sind von den Vorwürfen betroffen, weil ihre Flughäfen und inländischen US-Basen als Drehkreuze für den Gefangenentransport gedient haben könnten. Nach wie vor ist ungeklärt, wieviel die europäischen Regierungen über die Entführungen der CIA und mögliche Folterverbrechen wussten. Die Bundesregierung in Berlin erklärte, keine Kenntnisse über etwaige Transporte gehabt zu haben. Ein Untersuchungsausschuss des Bundestags konnte keine weiteren Erkenntnisse liefern. Dick Marty behauptet in seinem zweiten Bericht jedoch, dass die Mitgliedstaaten des Europarats die von der CIA durchgeführten Entführungen entweder tolerierten oder aktiv unterstützten. Rumänien hätte im Gegenzug für die Kooperation von den USA die Zusage auf Unterstützung für die Bewerbung um die NATO-Vollmitgliedschaft erhalten.

Deutsch-amerikanisches Verhältnis

Die Politik der Bush-Administration gegenüber Deutschland und der Europäischen Union hat sich während des vergangenen Jahres weiter angenähert. Mehrfach wurde die Bereitschaft bekundet, mit Europa zu kooperieren; insbesondere Deutschland gilt wieder als Schlüsselpartner für gemeinsames Handeln angesichts globaler Herausforderungen. Diese Veränderungen bedeuten nicht notwendigerweise, dass man politisch immer übereinstimmt, wie zuletzt beim Klimathema während des G8-Gipfels deutlich wurde. Dennoch ist die Kompromissbereitschaft der US-Regierung im Vergleich zur ersten Amtsperiode von George Bush deutlich angestiegen.

Russland

Die Vorhaben der USA zur Errichtung einer Radarstation in Tschechien und eines Raketenabwehrsystems in Polen haben in Russland massive Kritik hervorgerufen. Im Kreml interpretierte man die geplanten Maßnahmen der USA als Affront gegen das eigene Land. Nach Angaben der amerikanischen Behörde für Raketenabwehr dienen die Maßnahmen dem verbesserten Schutz der USA vor Raketen, die aus dem mittleren Osten abgeschossen werden könnten. Präsident Putin erklärte im Februar auf der Münchener Sicherheitskonferenz, dass ein Wettrüsten nicht zu vermeiden sei, sollten die USA tatsächlich an ihren Plänen festhalten; sein drohender Unterton machte das Misstrauen gegenüber den USA deutlich. Die Vereinigten Staaten, so Putin, hätten ihre territorialen Grenzen weit überschritten und mischten sich unter Missachtung internationalen Rechts in nationale Angelegenheiten anderer Länder ein. Dies habe dazu geführt, dass einige Länder Massenvernichtungswaffen

erworben hätten.^[26] Im Mai ging der russische Präsident sogar soweit, die amerikanische Politik mit der des Dritten Reiches zu vergleichen.^[27] Seine Rhetorik erinnerte allzu deutlich an die Zeiten des Kalten Krieges und verstärkte die Konfrontation zwischen Russland auf der einen und den USA und Europa auf der anderen Seite.^[28] Das Weiße Haus zeigte sich auch wegen Russlands kontraproduktiven Äußerungen bezüglich des iranischen Atomprogramms und der Eigenstaatlichkeit des Kosovo besorgt.

Die Beziehungen zwischen Russland und den USA haben einen Tiefstand wie zuletzt vor 20 Jahren erreicht. Um den Streit über den Raketenschild der USA beizulegen, lud George Bush seinen russischen Amtskollegen Anfang Juli 2007 auf das Anwesen seiner Familie nach Maine ein. Noch nie zuvor hatte der Präsident einen Regierungsvertreter aus dem Ausland in dem Haus seines Vaters an der Küste empfangen. Die Gespräche der beiden in Kürze scheidenden Regierungschefs verliefen freundschaftlich, brachten in den strittigen Punkten jedoch keinen Durchbruch. Vladimir Putin schlug vor, die NATO in die Planungen für einen in Aserbaidschan stationierten gemeinsamen Raketenschild für ganz Europa einzubeziehen. George Bush begrüßte die Idee im Grundsatz, machte aber keine konkreten Zusagen und unterstrich weiter die Notwendigkeit der Einbeziehung Tschechiens und Polens.

Sergei B. Iwanow, stellvertretender Premier Russlands und aussichtsreicher Kandidat für Putins Nachfolge, ließ drei Tage nach den Gesprächen in Maine verlauten, dass Russland möglicherweise mit der Stationierung von auf Europa gerichteten Raketen in der Region Kaliningrad antworten würde, hielte die USA an ihren unilateralen Plänen fest.^[29] Der Konflikt mit Russland hat das Potential, die Vereinigten Staaten und Europa auseinander zu dividieren und darüber hinaus die Europäische Union bei konkreten Fragen, wie etwa des Status des Kosovo, zu spalten.

Afghanistan spielte im vergangenen Jahr auf der Agenda der US-amerikanischen Politik nur eine untergeordnete Rolle. In den vergangenen Wochen wurde ein Bericht veröffentlicht, der die zunehmende Stärkung von al-Qaida in Pakistan darlegte. Kritiker der Administration sehen dies als Beleg dafür, dass George Bush durch den Irak-Krieg Aufmerksamkeit und Ressourcen vom eigentlichen Kampf gegen Terrorzellen (in Afghanistan) abgewendet habe und damit al-Qaida die Gelegenheit gegeben habe, sich wieder zu organisieren.

[24]

http://assembly.coe.int/main.asp?Link=committeedocs/2006/200606066_ejdoc162006partii-final.htm

[25] <http://www.cnn.com/2006/POLITICS/09/06/bush.speech.index.html>

[26]

http://www.economist.com/world/international/displaystory.cfm?story_id=8703054

[27] [http://washingtonpost.com/wp-](http://washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/05/30/AR2007053001017.html)

[dyn/content/article/2007/05/30/AR2007053001017.html](http://washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/05/30/AR2007053001017.html)

[28] http://www.csis.org/component/option,com_prog/task,view/id,897/

[29] http://www.nytimes.com/reuters/world/news-shield-russia.html?_r=1&oref=slogin

3. US-Klima- und Energiepolitik

Die **Debatte um den Klimawandel** hat sich in den Vereinigten Staaten in bislang nicht gekanntem Maße intensiviert. Unmittelbar nach der Übernahme des Kongresses durch die Demokraten wurden insgesamt vier Klimagesetzentwürfe im Senat eingebracht. Darüber hinaus berief die neue Sprecherin Nancy Pelosi im Repräsentantenhaus einen Sonderausschuss für Energiesicherheits- und Klimafragen ein.

In seiner Rede zur Lage der Nation sprach auch Präsident Bush im Januar erstmals von einer ernsthaften Herausforderung durch den globalen Klimawandel.^[30] Damit vollzog er eine Kehrtwende in der Klima- und Energiepolitik der US-Administration. Während der ersten sechs Jahre seiner Amtszeit hatte George Bush darauf beharrt, dass das Phänomen des Treibhauseffekts wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden könne. Die Ursachen für sein Umdenken liegen weniger in umweltpolitischen Überlegungen begründet als in dem Wunsch nach Energieunabhängigkeit und damit verbundenen sicherheitspolitischen Fragen. Auch die Tatsache, dass wichtige ökonomische Akteure einen Strategiewechsel vollzogen haben und nun eine nationale Gesetzgebung und Klimaschutzprogramme fordern, dürfte die veränderte Wahrnehmung des Präsidenten beeinflusst haben. So ließ beispielsweise der General Motors-Vorstand Rick Wagoner verlauten, dass er das hohe Niveau der Ölpreise begrüße, weil auf diese Weise der Wettbewerbsdruck zur Entwicklung von Technologien für den Kraftfahrzeugantrieb fortbestünde.^[31] Große Industrieunternehmen wie General Electric, Siemens, BP Amerika und Duke Energy haben sich der „United States Climate Group“ angeschlossen. Diese Initiative, bestehend aus Unternehmen und Umweltschutzorganisationen, fordert gesetzliche Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen von 10 bis 30 Prozent innerhalb der kommenden 15 Jahre.^[32]

George Bush kündigte nach dem Eingeständnis des Problems des Treibhauseffekts auch konkrete Maßnahmen an. Als Ziel nannte er, den Kraftstoffverbrauch durch Substitution fossiler Energie mittels Biokraftstoffe in den kommenden zehn Jahren um 20 Prozent zu reduzieren. Anreize dazu sollen auch innerhalb des derzeit neu verhandelten US-Landwirtschaftsgesetzes („Farm Bill“) etabliert werden, in dem unter anderem die Förderung nachwachsender Brennstoffe vorgesehen ist und während der voraussichtlich fünfjährigen Laufzeit des Gesetzes deutlich höhere Fördermittel hierfür eingestellt werden sollen. Problematisch ist allerdings, dass zur Gewinnung von Biotreibstoffen in den USA derzeit vor allem Mais eingesetzt wird, während die Ethanolgewinnung aus Rohstoffen der zweiten Biotreibstoffgeneration noch weitgehend in den Kinderschuhen steckt. Das hat dazu geführt, dass im Jahr 2007 eine Mais-Rekordernte erwartet wird, weil viele zuvor brachliegende oder anderweitig bebaute Flächen mit Mais bepflanzt wurden. Dennoch kann selbst das gestiegene Angebot die noch rascher wachsende Nachfrage nicht befriedigen. Es wird erwartet, dass die USA in Zukunft immer weniger Futtermittel-Mais exportieren wird, um die heimische Nachfrage für die Ethanolgewinnung zu decken. Dies hat bereits das Nachbarland Mexiko zu spüren bekommen, wo sich die Maispreise im vergangenen Frühjahr drastisch erhöht haben. Innerhalb weniger Wochen verdoppelte sich in Mexiko-Stadt der Preis für Maistortillas, dem Grundnahrungsmittel der einfachen Bevölkerung, die mit Massenprotesten reagierte.

Auch die Lebensmittelpreise in den USA erhöhten sich — insbesondere Milch, Fleisch und Geflügel wurden teurer, da Mais das primäre Futtermittel der Fleischproduktion ist.

Zwar hat Präsident Bush seine Fundamentalopposition gegenüber einem globalen, multilateral geregelten Klimaschutz aufgegeben und im Rahmen des G8-Gipfels in Heiligendamm akzeptiert, dass bis 2009 eine Anschlussregelung für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll unter dem Dach der Vereinten Nationen ausgehandelt werden soll. Allerdings war er nicht bereit, sich im Klimakompromiss auf verbindliche CO₂-Reduktionsziele einzulassen. Kurz vor dem Gipfel überraschte George Bush mit einer eigenen Initiative für eine Langzeitstrategie gegen den Klimawandel. Er rief die 15 Staaten, die die meisten Treibhausgase produzieren, dazu auf, bis 2008 ein globales Programm zur Senkung des CO₂-Ausstoßes zu formulieren. Sein Vorstoß wurde als Versuch gewertet, noch vor dem Gipfel ein Signal gegen weitere UN-Klimaschutzverhandlungen zu setzen.

Ökologische Fortschritte hat es im vergangenen Jahr in den USA insbesondere auf der Ebene der Bundesstaaten und der Kommunen gegeben. Der Bundesstaat Kalifornien kündigte an, dass die Produzenten von Kraftstoffen den Kohlendioxidgehalt ihrer Produkte um zehn Prozent reduzieren müssen, was einer Beimischungspflicht für Ethanol, Biodiesel und andere Biokraftstoffe gleichkommt. Für die Förderung von Photovoltaik wurde ein Programm über Milliarden US-Dollar beschlossen. In der US-Klimapolitik spielen **regionale bundesstaatliche Bündnisse** eine wichtigere Rolle als die Bundesregierung. So wird an der Ostküste derzeit die „Regional Greenhouse Gas Initiative“ (RGGI) vorbereitet, die dem EU-Emissionshandel vergleichbar ist.^[33] 2009 soll ein gemeinsames Emissionshandelssystem starten, das die Treibhausgasemissionen bis 2019 um zehn Prozent verringern soll. Ein ähnliches lokales Bündnis wird auch für die Westküste angedacht. Auf Bundesebene liegen inzwischen verschiedene Gesetzesvorschläge für die Energie- und Klimapolitik vor oder sind angekündigt. Noch ist offen, welche Positionen sich in den nächsten Monaten durchsetzen werden. Doch neben positiven Entwicklungen ist auch zu erwarten, dass dem Drängen traditioneller Lobbygruppen nachgegeben wird und neue Subventionen etwa für die Kohleindustrie zur Erforschung von Carbon-Capture-and-Storage-Technologie (CCS) oder Kohleverflüssigung (coal-to-liquid, CTL) nachgegeben wird.

Erstmals hat der UN-Sicherheitsrat den Klimawandel auf seine Agenda gesetzt und damit die Bedeutung des Themas für Frieden und globale Sicherheit verdeutlicht. Am 24. September dieses Jahres wird eine **UN-Sondersitzung zum Klimawandel** stattfinden.^[34] Damit macht die internationale Gemeinschaft deutlich, dass die Vereinten Nationen eine maßgebliche Rolle bei der Koordination der notwendigen klimapolitischen Maßnahmen spielen sollen. Die Sitzung wird als wichtiges politisches Signal für die im Dezember 2007 in Bali stattfindende Klimakonferenz im Rahmen der UN-Klimakonvention verstanden, bei der über die Nachfolge des Kyoto-Protokolls debattiert werden soll.

^[30] <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/01/24/AR2007012400358.html>

^[31] http://www.economist.com/world/displaystory.cfm?story_id=8586069

^[32] <http://www.us-cap.org>

^[33] <http://www.rggi.de>

^[34] <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/N17400958.htm>

4. UN-Reform

Nach der umfassenden UN-Reform und der Auswertung des Millenniumsgipfels im Vorjahr war in der Debatte um die Zukunft der Vereinten Nationen die angekündigte Veröffentlichung des Berichts der Expertenkommission zur Kohärenz im UN-System ebenso zentral wie der im zweiten Halbjahr 2006 vollzogene **Wechsel des UN-Generalsekretärs**. Nach zehn Jahren nahm Kofi Annan Abschied und die Generalversammlung wählte in ihrer jährlichen Sitzung den **Südkoreaner Ban Ki-Moon** zum Nachfolger, der auch die Unterstützung der USA hatte. Dies scheint zu bestätigen, dass die Amerikaner nach den unilateralen Alleingängen rund um die Entscheidung zur Irak-Intervention erkannt haben, dass sie auf die UN nicht vollständig verzichten können. In die gleiche Richtung geht auch die Ablösung des US-Botschafters bei den Vereinten Nationen John Bolton im April 2007, der in diplomatischen Kreisen mit seiner Anti-UN-Rhetorik sowie seinem Unilateralismus selbst unter US-Verbündeten in New York für viel Unmut gesorgt hatte. Nach den Wahlen im Herbst 2006 und der Übernahme beider Kongresshäuser durch die Demokraten war klar, dass John Bolton, der von Präsident Bush als „recess appointment“ unter Umgehung der Bestätigung durch den US-Senat ins Amt geholt wurde, keinesfalls die im Frühjahr 2007 anstehende Bestätigung durch den Senat erhalten würde. Boltons Nachfolge trat der wesentlich zurückhaltendere Zalmay Khalilzad an, der zuvor als Botschafter in Afghanistan und im Irak gearbeitet hat und als Pragmatiker mit Respekt für multilaterale Verhandlungen gilt.

Aus amerikanischer Perspektive war auch die Nachverhandlung zur **Umsetzung der Beschlüsse** zur UN-Reform aus dem Jahr 2005 von Bedeutung, die in den Vorjahren unter anderem auch von den USA als größtem Geldgeber der UN gefordert worden war. Allerdings ging die Umsetzung vieler Reformvorhaben nur schleppend voran, da die UN-Mitgliedsstaaten weiterhin in alten Nord-Süd-Polarisierungen zwischen wohlhabenden UN-Geberländern und Entwicklungsländern verharren. Während es bei der Kommission zur Friedenschaffung (*Peace Building Commission*) noch Verhandlungsbedarf gab, nahm der Menschenrechtsrat (*Human Rights Council*) 2006 seine Arbeit auf – dies geschah allerdings ohne Beteiligung der USA, die damit ihre Kritik an einer mangelnden Abgrenzung zur alten, aus ihrer Sicht ineffektiven *Commission on Human Rights* ausdrücken wollten. Erste internationale Kommentare der Arbeit des HRC waren dabei abwartend bis kritisch. Bemängelt wird vor allem, dass China, Russland und Saudi-Arabien trotz massiver Verstöße gegen die Menschenrechte einen Sitz im Rat erhalten haben.

Ursprünglich sollte sich der Menschenrechtsrat im Gegensatz zu seiner Vorgängerorganisation (der Menschenrechtskommission), durch striktere Mitgliedschaftsanforderungen auszeichnen.^[35] Zudem wird kritisiert, dass der Rat es versäumt habe, die eigenen Empfehlungen bezüglich der Mission in Darfur umzusetzen, und dass das Gremium im Konflikt zwischen Israel und Palästina weiterhin einseitig auf die israelische Seite fixiert sei. Darüber hinaus wird beanstandet, dass der Rat die Überprüfung der Menschenrechte in Usbekistan und Iran eingestellt habe, obwohl sich die Menschenrechtssituation in beiden Ländern verschlechterte.^[36] Im Mai wurden 14 neue Mitglieder in den Menschenrechtsrat gewählt. Eine Koalition aus den USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und anderen Staaten verhinderte dabei, dass die Republik Weißrussland einen Sitz im Rat zugesprochen bekam.

^[35] <http://www.unausa.org/site/pp.asp?c=fvKRI8MPJpF&b=1706583>

^[36] <http://www.tnr.com/doc.mhtml?i=w070618&s=nossel061907>

Angestoßen vom Präsidenten der Generalversammlung Sheikh Haya Rashed Al Khalifa wurde im Februar die Reformarbeit im Sicherheitsrat an insgesamt fünf Botschafter delegiert. Ziel ist die Erarbeitung von Reformvorschlägen unter anderem für Mitgliedschaft, Vetorecht, Größe und Arbeitsweise eines erweiterten Rates und dessen Verhältnis zur Generalversammlung.^[37] Im Rahmen der UN-Prozesse zu nachhaltiger Entwicklung und internationaler Umweltpolitik gab es zwei zentrale Ereignisse. Zum einen tagte im Mai die 14. Sitzung der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), die sich sowohl im Jahr 2006 als auch 2007 mit der Frage des Zugangs zu sauberen Energien in Entwicklungsländern beschäftigt hat. Zum anderen trat im November 2006 die 12. UN-Vertragsstaatenkonferenz der Klimaschutzrahmenkonvention (UNFCCC) im kenianischen Nairobi zusammen, wo die ersten Verhandlungen zum Kyoto-Folgeprotokoll nach 2012 begonnen wurden. Die UNFCCC-Mitgliedsstaaten haben sich dazu entschlossen, bis 2008 ein Folgeabkommen auf den Weg zu bringen, damit es nach Ablauf des Kyoto-Protokolls in fünf Jahren keine Lücke im internationalen Umweltrecht geben wird. Die Ergebnisse von Nairobi waren wenig ergiebig, obgleich das Klima der Verhandlungen deutlich besser war, da vor allem die Vereinigten Staaten, beeinflusst von der innenpolitischen Klimadebatte, eine zunehmend kooperative Rolle spielten.

5. Rolle in der Internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik

Die US-Handelsagenda und die globale Handelspolitik

Die Doha-Entwicklungsrunde in den WTO-Verhandlungen steht nach Aussetzung im letzten Jahr und fehlender Reaktivierung in diesem Jahr vor dem Aus. Trotz zahlreicher Differenzen zwischen den „G4“ (USA, EU, Brasilien, Indien) in vielen Verhandlungsbereichen (darunter Industrietarife und Dienstleistungen), ist es wie in vorherigen Runden der Landwirtschaftsbereich, in dem ein Zusammenkommen der divergenten Positionen am unwahrscheinlichsten ist, vor allem bei der Frage der Agrarsubventionen. Die USA hatten in den vergangenen Monaten mit Blick auf die Ende Juni 2007 auslaufende Verhandlungsvollmacht des US-Präsidenten („trade promotion authority“) noch versucht, eine Einigung zu erzwingen, waren aber angesichts der gegenwärtig laufenden Verhandlungen für eine Neuschreibung des amerikanischen Landwirtschaftsgesetzes („US Farm Bill 2007“) nicht willens und in der Lage, Zugeständnisse in Fragen der direkten Landwirtschaftsförderung zu machen. Dies ist auch politisch brisant, da die Landwirtschaftsverbände, vornehmlich die landwirtschaftlichen Großunternehmen, politisch gut organisiert sind und die Förderung ihrer Klientel im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes fortgesetzt sehen wollen.

Mit den schwindenden Erfolgsaussichten für die Doha-Entwicklungsrunde der WTO hat die Administration in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen weiter verstärkt, bilaterale und regionale Handelsabkommen zu schließen, in denen sich amerikanische Maximalforderungen, etwa im Bereich Investitionen und intellektuelle Eigentumsrechte, in der Regel besser als im WTO-Kontext durchsetzen ließen („WTO Plus“). Im vergangenen Jahr wurden bilaterale Handelsabkommen mit Südkorea, Peru und Panama abgeschlossen. Entgegen den Erwartungen, dass ein mehrheitlich demokratischer Kongress zum Jahresanfang 2007 die Handelspolitik der Bush-Regierung massiv unter Druck

^[37] http://www.betterworldcampaign.org/issues/un_reform.asp

setzen würde, haben die Demokraten und das Weiße Haus im Frühjahr stattdessen einen Handelskompromiss ausgehandelt. Er sieht vor, dass die bilateralen Freihandelsabkommen mit Peru und Panama explizit Sonderschutzbestimmungen für Umwelt und Arbeitnehmerrechte beinhalten. Dies wird als Modell auch für zukünftige bilaterale Handelsabkommen gesehen und erlaubt den Demokraten, dem Wunsch nach starken Anti-Freihandelsströmungen in ihrer Wählerschaft mit dem Hinweis auf diese Schutzbestimmungen zu begegnen.

Internationale Entwicklungs- und Finanzpolitik

Mit dem Einbruch am US-Immobilienmarkt und einem rasanten Anstieg der Zwangsversteigerungen von Risiko-Hypotheken, mit steigenden Zinssätzen und einem US-Dollar, der gegenüber dem Euro und dem Yen historische Tiefststände erreicht hat, sowie der Angst vor steigender Inflation ist in den USA im vergangenen Jahr die Sorge um die Stabilität der amerikanischen Wirtschaft wie auch um die zunehmende Instabilität des internationalen Finanzsystems gewachsen. Neuen Rekorden im US-Leistungsbilanz- und Handelsdefizit stehen massive Leistungsbilanzgewinne von wichtigen auch Öl-exportierenden Entwicklungsländern wie China gegenüber. In den USA schlägt sich diese Alarmstimmung vor allem in der Forderung von FinanzexpertInnen nieder, gegen eine viel zu niedrig bewertete chinesische Währung politisch energischer vorzugehen. Diese Lesart der globalen Finanzinstabilität hat das amerikanische Finanzministerium vor kurzem auch beim *Internationalen Währungsfonds* (IWF) durchsetzen können, der seine Aufsichtspolitik gegenüber Währungsungleichgewichten verschärft hat – eine Politik, die ganz klar gegen die chinesische Exportstrategie der heimischen Niedrigwährung gerichtet ist.

Dieses Vorgehen des IWF ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die Institution selbst weiterhin auf der Suche nach einer neuen Aufgabe und Bestimmung ist, auch weil ihr die lukrativen Kunden in Gestalt der Schwellenländer abhandenkommen. Diese haben nämlich in den letzten Jahren wie China entweder selbst große Währungsreserven akkumuliert, um im Falle einer globalen Finanzkrise nicht mehr auf die Hilfe des IWF angewiesen zu sein (eine direkte Lehre der Asienkrise, die sich in diesem Jahr zum zehnten Male jährte), oder aber ihre Schulden an den IWF frühzeitig zurückgezahlt. Dies ist bei Argentinien, Venezuela und Brasilien der Fall, die damit dem Politikdiktat des IWF entgehen wollten. Die Legitimitäts- und Daseinskrise des IWF ist damit auch eine Finanzkrise der Institution. Die im Herbst 2006 in Singapur beschlossene minimale Änderung der IWF-Quoten ist, selbst wenn sie noch im Laufe des Jahres umgesetzt werden sollte, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein für eine Reglementierung des IWF. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die größten Risiken für die globale Finanzmarktstabilität heute auch von neuen Finanzierungsinstrumenten wie Hedge Fonds und Private Equity ausgehen, für welche internationale Finanzinstitutionen kein Mandat haben. Übrigens waren es die USA und Großbritannien, die die Initiative der Bundesregierung im Rahmen der G8 blockiert haben, Hedge Fonds verbindlich und international koordiniert zu regulieren, auch weil beide Staaten ihre Vormachtstellung als weltweite Handelsplätze für diese Finanzinstrumente in New York und London nicht aufgeben wollten.

Von den beiden Bretton-Woods-Zwillingen bestimmte in den letzten Monaten die **Weltbank** die Presseberichterstattung. Es gab anhaltende Berichte über die Verstimmung zwischen Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz und seinem Managerteam in der Bank wie auch über die Kritik an seiner Visionslosigkeit für die zukünftige Weltbankarbeit. Hinzu kam der Argwohn gegenüber der Fokussierung der Energien der Weltbank auf Korruptionsbekämpfung (ein Lieblingsthema der US-Konservativen). Der schwelende Konflikt kulminierte im Frühjahr 2007

als bekannt wurde, dass Wolfowitz bei Amtsantritt 2005 seiner Lebensgefährtin, einer Weltbank-Genderexpertin, eine unangemessene Beförderung und Gehaltserhöhung gewährt hatte.

Während der Frühjahrstagung 2007 sprachen sich auch RegierungsvertreterInnen, darunter die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, für eine Amtsniederlegung von Wolfowitz aus. Sie waren vor allem darüber besorgt, dass das Image der Weltbank anhaltenden Schaden nehmen könnte. Befördert wurde die wachsende Skepsis zahlreicher hochkarätiger amerikanischer EntwicklungsexpertInnen, die Paul Wolfowitz' Ausscheiden aus dem Amt forderten, durch seine Uneinsichtigkeit und Konfrontationsstrategie. Dies nahm auch die Exekutivdirektoren, das Entscheidungsgremium der Weltbank, gegen Wolfowitz ein. Letztlich wurde auf Drängen der US-Regierung ein Kompromiss gefunden, der Paul Wolfowitz den Abgang nach nur zwei Jahren Amtszeit erlaubte. Gleichzeitig wurde die Chance vertan, in Sachen Rechenschaftspflicht, Demokratisierung und Reformwillen der Weltbank ein Zeichen zu setzen. Anstatt bei der Auswahl des Nachfolgers allein nach Verdienst und Qualifizierung vorzugehen, wurde die Neubesetzung entsprechend dem etablierten „Gentlemen's Agreement“ vorgenommen, wonach die US-Regierung den Weltbank-Präsidenten bestimmt. Nach dem überraschenden Rücktritt des IWF-Chefs Rodrigo De Rato im Herbst 2007 könnten nun die Europäer, die traditionell die IWF-Führung bestimmen, klarstellen, dass bei den Bretton-Woods-Institutionen eine neue Ära der Rechenschaftspflicht, Demokratie und Transparenz anbrechen muss, um Legitimität und Vertrauen in die Institutionen zu sichern. Allerdings zeigen erste Sondierungsgespräche innerhalb der Europäischen Union und öffentliche Äußerungen, dass auch die Europäer nicht vom Status quo und ihrem Machtvorteil ablassen werden. So bleibt es wohl auch bei der Nachfolge von Rodrigo De Rato, wie bei der von Paul Wolfowitz, beim „Gentlemen's Agreement“ der westlichen Industrieländer.

Bei der Weltbank übernimmt mit der Nominierung und zu erwartenden Bestätigung von Robert Zoellick zum neuen Präsidenten nun ein versierter Diplomat und pragmatischer Transatlantiker das Amt, der allerdings vielleicht noch stärker als Paul Wolfowitz Freihandel und Exportmärkte zum Entwicklungsprinzip und Schlüssel der Armutsreduzierung deklarieren dürfte. Er übernimmt die Weltbank in einer kritischen Zeit, da in Kürze die Verhandlungen für eine alle drei Jahre stattfindende Neufinanzierung der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) beginnen wird, die nicht zurückzahlbare und günstige Kredite an die ärmsten Entwicklungsstaaten vergibt. Wie hoch die Zusagen der Industrienationen für IDA 15 sein werden, wird eine erste Bewertungsgrundlage zur Beurteilung der Fähigkeit Robert Zoellicks sein, die Weltbank in eine stabile Rolle im zukünftigen internationalen Finanzsystem zu führen.

Ausblick

Innenpolitisch wird im kommenden Berichtsjahr der **Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl** im November 2008 im Vordergrund stehen. Positionierung und Umfragewerte der BewerberInnen beider Parteien um die Bush-Nachfolge werden im Vorfeld der 2007 anlaufenden Vorwahlen das politische Geschehen dominieren. Es ist zu erwarten, dass die Wahlkampf Ausgaben eine neue Höchstmarke erreichen werden.^[38] Zudem werden die Themen **Energie und Klima** sowie **Irak** und die **globale Rolle der USA** weiterhin im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen.

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres machen deutlich, dass die USA und Europa auch im kommenden Jahr mit einer Vielzahl internationaler Herausforderungen konfrontiert sein werden. Das Scheitern der US-Politik im Irak, die Übernahme des Gaza-Streifens durch Hamas und die Bedrohung durch einen erstarkenden Iran lassen die einstige Hoffnung auf Demokratisierung der Länder im Nahen und Mittleren Osten schwinden.

Bei den transatlantischen Beziehungen stehen aufgrund personeller Veränderungen in Europa Nejustierungen an. Nicolas Sarkozy zeigt bereits jetzt, dass er eine engagierte internationale Rolle spielen und sich Konflikten wie etwa dem im Sudan annehmen wird. Seine Wahl eröffnet Europa weitere Kooperationsmöglichkeiten mit den USA. Angela Merkel und Deutschland bleiben jedoch weiterhin Schlüsselpartner. Allerdings werden die divergierenden Interessen der USA und Deutschlands bezüglich der Klimapolitik diplomatisches Geschick erfordern, um dieses Thema nicht zur Belastung der transatlantischen Beziehungen werden zu lassen.

Unabhängig davon, welcher Partei der neue Präsident angehört, wird ein zentrales Anliegen darin bestehen, das zerrüttete Image der USA wieder aufzubessern. Die Aufgabe der neuen Administration hat der republikanische Senator Chuck Hagel in folgenden Worten zusammengefasst: „The next generation has to re-introduce America to the world“. Dazu gehört, dass das Weiße Haus eine ausgewogenere Außenpolitik verfolgt und ein höheres Maß an Transparenz bei den Entscheidungsfindungen in Washington zulässt. Wie sich diese Ziele verwirklichen lassen und wie diese Forderungen inhaltlich erfüllt werden können wird die politischen Auseinandersetzungen in den Jahren 2008 und 2009 prägen.

^[38] <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/5006788.stm>